

Nationalisten gehen in die Offensive

Religiös motivierte Gewalt gegen Muslime

Shreen Saroor

Ende Februar und Anfang März 2018 suchte eine Welle religiös motivierter Gewalt Sri Lanka heim. Die vorläufige Bilanz: zwei Tote, 14 Moscheen, 62 Häuser und 91 Geschäfte wurden vollständig, weitere 13 Moscheen, 79 Häuser und 22 Geschäfte wurden teilweise zerstört. Die Gewalt nahm ihren Anfang in einem Streit zwischen einem Singhalesen und einer Gruppe von Muslimen mit tödlichem Ausgang. Ein zunächst lokaler Streit wandelte sich binnen kürzester Zeit in einen überregionalen Konflikt, der unmittelbar 24 Städte und Dörfer im Distrikt Kandy erfasste und landesweit das Vertrauen in die öffentliche Ordnung und ein friedliches Zusammenleben untergrub.

Angehörige muslimischer Gemeinschaften machen rund zehn Prozent der Bevölkerung Sri Lankas aus.¹ Die Beziehungen zwischen Muslimen und anderen Gemeinschaften in Sri Lankas sind bislang größtenteils friedlicher Natur. Viele Singhales(inn)en hegen zwar langjährige Befürchtungen, dass der singhalesische und buddhistische Charakter der Insel bedroht sei und unter Einschluss von Gewalt bewahrt werden müsse. Lange Zeit ging diese Bedrohung jedoch von der britischen Kolonialmacht und später von den Tamil(inn)en aus. Neuerdings und gespeist von einer globalen Islamophobie richtet sich die Abwehr verstärkt gegen Muslime. Ihr Bevölkerungsanteil wächst überproportional und ihr wirtschaftlicher Erfolg schafft Neid unter Einschluss der singhalesischen Konkurrenzbetriebe.

Islamophobie und ihre Vorgeschichte

Anti-muslimische Gewalt hatte es schon vor dem März 2018 gegeben. Militante buddhistische Gruppen hatten sich in den Jahren 2012-2014 mit Unterstützung der Regierung von Mahinda Rajapaksa offen rekrutieren können. Zwischen Januar 2013 und April 2014 kam es zu 354 Angriffen gegen

muslimische Gemeinschaften, davon 63 gewaltsame Übergriffe auf Personen und Eigentum. Im Juni 2014 führten buddhistische Nationalisten unter den Augen der Polizei zweitägige Pogrome gegen Muslime durch. Das Ergebnis waren vier Tote, 150 verbrannte Häuser und Geschäfte und 17 zerstörte muslimische Kultstätten.

Nach dem Regierungswechsel 2015 ebten die Attacken zunächst ab. Im April und Mai 2017 sowie im November 2017 flammten die Angriffe auf Muslime wieder auf und zogen sich über mehrere Tage hinweg. Im November war es in Gintota, im südlichen Distrikt Galle, nach einem Verkehrsunfall zu Attacken gegen Muslime gekommen. Die Regierung setzte zunächst Sondereinheiten ein, die jedoch tags darauf wieder zurückgezogen wurden. Am selben Abend griffen buddhistische Nationalisten rund 60 Häuser und Geschäfte von Muslimen an. Staatliche Sicherheitsorgane griffen nicht ein. Die buddhistischen Nationalisten fühlten sich ermutigt. Auch schon in früheren Fällen war keine Strafverfolgung eingeleitet worden.

Am 27. Februar 2018 behaupteten Singhalesen, dass ein von Muslimen geführtes Restaurant in der Stadt Ampara (im

Osten des Landes) Pillen ins Essen für Singhalesen mischen würde, um damit singhalesische Frauen und Männer zu sterilisieren. Das abstruse Gerücht reichte aus, um Geschäfte und die Moschee am Ort in Brand zu setzen. Auch hier war vom Ort der Attacken die Polizeistation nur 500 Meter entfernt. Die Notrufe übers Telefon wurden ignoriert.

Folgen der jüngsten Attacke

Am 22. Februar wurde ein singhalesischer Buddhist in der Kleinstadt Tel-deniya (nahe Kandy) von vier muslimischen Männern angegriffen und so schwer verletzt, dass er am 3. März im Krankenhaus starb. Die Muslime waren kurz nach der Tat festgenommen worden. Der Tod des Singhalesen löste am Tag darauf gewalttätigen Protest durch lokale Buddhisten aus. Auch von diesen verhaftete die Polizei 24 an Ort und Stelle. Darüber hinaus hatten sich unmittelbar nach dem Tod lokale buddhistische Tempelmönche und Gemeindevertreter der Muslime mit einem leitenden Polizeihauptkommissar (*Senior Superintendent of Police*) getroffen, um die Eskalation „einer Privatsache“ zu verhindern. Sie vereinbarten, gemeinsam für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu sorgen. Bis zur Nacht des 4. März blieb es ruhig.



Ein buddhistischer Mönch leitet eine Attacke gegen Muslime in Digana ein.

Bild: © Sri Lanka Brief

eine gewalttätige Reaktion von Muslimen zu provozieren. Das zögerliche Einschreiten der Regierung gegen die Attacken mag die Vorstellung noch befördern, den Schutz besser selbst zu organisieren. Die Regierung in Sri Lanka unterstützt zwar die Gewalt gegen Muslime ausdrücklich nicht, scheint aber von der Furcht besessen zu sein, bei allzu entschiedenem Vorgehen gegen buddhistische Täter noch weiter in der Wählergunst abzusacken. Insbesondere Präsident Sirisena fürchtet eine weitere Entfremdung von den singhalesisch-buddhistischen Wähler(inne)n. Es ist nicht zu leugnen, dass der frühere Präsident Rajapaksa seine Kampagne zur Kommunalwahl am 10. Februar deswegen so erfolgreich führen konnte, weil er die nationalistischen Ideen buddhistischer Singhales(inn)en bediente.

Die Regierung müsste sich erinnern, dass ihre knappe Mehrheit von 2015 gerade ihren Reformversprechen geschuldet war. Frieden und Aussöhnung waren für die Wähler/-innen attraktiv. Die Regierung müsste also eher dringend eine pluralistische Vision von Sri Lanka entwickeln.

*Aus dem Englischen übersetzt
von Theodor Rathgeber*

Zur Autorin



Shreen Saroor is Gründerin des Frauenaktionsnetzwerkes *Women's Action Network* und des Entwicklungsfonds für Frauen aus Mannar (*Mannar Women's*

Development Fund).

Endnote

¹ Singhales(inn)en stellen rund 75 Prozent der Bevölkerung und sind überwiegend Buddhisten, Tamil(inn)en stellen etwa 15 Prozent und sind vor allem Hindus.

Zum Tag der Beerdigung trafen Busse mit Hunderten von buddhistischen Anhängern aus anderen Teilen des Landes in Teldeniya ein, angeführt von vier prominenten Mönchen, die für ihre Islamophobie berüchtigt sind. Nach Ankunft der Busse wütete vom 5. bis 9. März ein Mob gegen Häuser, Geschäfte und Kultstätten der Muslime in mehreren Städten im Bezirk Kandy. Ein junger Moslem starb in der Nacht zum 5. März in seinem Haus, das angezündet worden war. Videoaufnahmen per Mobiltelefon zeigten viele junge Leute, die zuerst plünderten und dann die Gebäude in Brand steckten. Die Sicherheitskräfte schauten den Brandstiftungen und Plünderungen in dieser Phase zunächst tatenlos zu. Präsident Sirisena benötigte bis zum 6. März, ehe er den Notstand ausrief und die Internetkommunikation blockierte, um Aufrufe zum Hass einzudämmen. Da potenzielle Gegendemonstrationen ebenfalls das Internet gebraucht hätten, um sich zu verabreden, lag der Gegenprotest brach, und der Mob beherrschte einige Tage die Schlagzeilen. Bis zum 9. März waren rund 32 Moscheen verwüstet, schätzungsweise 300 Geschäfte und etwa 150 Häuser von Muslimen waren verbrannt oder geplündert worden. Ungefähr 75 Familien flohen vor den Attacken. Laut Polizei wurden schlussendlich etwa 280 Festnahmen vorgenommen.

Staatliches Unterlassen und Straffreiheit

Die unmittelbaren Reaktionen staatlicher Stellen auf die hier skizzierte Ge-

walt gegen Muslime sind zwiespältig. Relativ rasch wurden Entschädigungen in Aussicht gestellt. Die Konflikt-eindämmung durch lokale Repräsentanten der Religionsgemeinschaften und die Polizei hat kurzzeitig funktioniert. Im Gedächtnis haften bleibt jedoch das Versagen der staatlichen Sicherheitskräfte nach Ankunft des Mobs von außerhalb. Die Ereignisse im März waren keine „lokalen Zusammenstöße“ zwischen Buddhisten und Muslimen, sondern organisierte und gezielte Angriffe von militanten buddhistischen Gruppen, koordiniert auf nationaler Ebene.

Auf die offensichtliche Koordination und Orchestrierung der buddhistischen Nationalisten fand der Staat im März viel zu lange keine angemessene Antwort. Nicht nur in den muslimischen Gemeinden wird daher die Frage ernsthaft diskutiert, wie es um die Bereitschaft des Staates bestellt ist, die öffentliche Ordnung gegen buddhistische Nationalisten durchzusetzen und die Rechtstaatlichkeit zu gewährleisten. Dies umso mehr, als Menschenrechtsaktivist(inn)en, die im Norden und Osten des Landes tätig sind, regelmäßig von Angehörigen der Geheimdienste befragt und belästigt werden.

Sri Lankas Muslime zeigten sich bislang zurückhaltend und weitgehend gewaltlos in ihrer Reaktion auf die gewaltförmige Ausgrenzung. Viele in Sri Lanka befürchten nun, dass die gegenwärtige Welle militanter buddhistischer Angriffe dazu dienen könnte,